

DER PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER LANDWIRTSCHAFT

Pressedienst Nr. 15848 Mittwoch, 01. Juli 2020

EU fördert Absatz von Agrarprodukten in der Corona-Krise									•
COPA-COGECA-Befragung: Landwirte leiden häufig unter Kritik in den Medien									
Heimische Erzeugermilchpreise im Mai gesunken									2
OECD empfiehlt Investitionen in resilienten Nahrungsmittel- und Agrarsektor									;
Russland: Getreideernte mit vorerst deutlich niedrigeren Erträgen									4
Salzburg übernimmt Vorsitz in der Landesagrarreferenten-Konferenz									Ę
LK OÖ sieht Potenzial für gesteigerte Putenfleischproduktion									7
Land&Forst Betriebe-Tagung: Klima- und Energiepolitik an Erneuerbaren ausrichten	1								ę
Pernkopf: Forstpaket ist wichtiger Schritt zur Rettung unserer Wälder									1
Jahresbericht der Rinderzucht Austria erschienen									11
Neue Leiterin der HBLFA für Gartenbau und der Österreichischen Bundesgärten .									12

EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG



EU fördert Absatz von Agrarprodukten in der Corona-Krise

10 Mio. Euro sind dafür reserviert

Brüssel, 1. Juli 2020 (aiz.info). - Die Europäische Kommission stellt zusätzlich 10 Mio. Euro zur Absatzförderung von Obst, Gemüse, Milchprodukten und anderen landwirtschaftlichen Erzeugnissen aus der EU zur Verfügung. Sie will damit die von der COVID-19-Krise am stärksten betroffenen Landwirte und Nahrungsmittelproduzenten unterstützen. Die Hälfte dieses Betrags ist für Absatzförderungsmaßnahmen bestimmt, die gemeinsam von Erzeugerorganisationen aus mehreren EU-Ländern durchgeführt werden, die andere Hälfte für nationale Maßnahmen. Vorschläge können bis 27. August eingereicht werden.

Die Coronavirus-Krise hatte erhebliche Auswirkungen auf eine Reihe von Agrar- und Ernährungssektoren der EU, vor allem aufgrund der schnellen Änderungen im Nachfrageverhalten und der Schließung von Restaurants, Bars und Cafés in der gesamten EU. Dies ist das erste Mal, dass die Kommission die Absatzförderung als Instrument einsetzt, um auf eine ernsthafte Marktstörung zu reagieren. Entsprechende Maßnahmen sollen neue Märkte für Landwirte sowie die Lebensmittelindustrie allgemein erschließen und bestehende Unternehmen stärken, erklärt die EU-Kommission. (Schluss)

COPA-COGECA-Befragung: Landwirte leiden häufig unter Kritik in den Medien

"Bauern-Bashing" besonders in Frankreich und Deutschland

Brüssel, 1. Juli 2020 (aiz.info). - Der Europäische Bauern- und Genossenschaftsverband (COPA-COGECA) hat eine Umfrage zu kritischen Stimmen über Landwirtschaft in den Medien gemacht und wollte wissen, ob sich Landwirte zu Unrecht am medialen Pranger stehen sehen und wie sich das auf ihre Motivation auswirkt. Dazu wurden im ersten Quartal des laufenden Jahres 2.500 Landwirte in Deutschland, Frankreich, Italien und Ungarn befragt. Das Ergebnis fällt unterschiedlich aus. In Frankreich bemängeln 75% der Landwirte mehr kritische Kommentare in der Presse und in den sozialen Medien, in Deutschland haben 59% der Befragten ein zunehmend schlechtes Bild in der Öffentlichkeit festgestellt. 26% der französischen Landwirte wurden zudem direkt von Personen für ihre Erzeugung beanstandet, während in Deutschland immerhin 14% der Landwirte eine persönliche Kritik für ihre Produktionsweise erfahren haben. Besser geht es den Landwirten in Ungarn und Italien. In Ungarn meinen nur 7%, das Bild in den Zeitungen habe sich verschlechtert und in Italien sind es 5%. Auch die selbst erlebte Missbilligung spielt in Ungarn und Italien keine Rolle. * * * *

Dafür fallen die Reaktionen der Landwirte auf die Rückmeldung unterschiedlich aus. Von den am stärksten der Kritik ausgesetzten französischen Landwirten antworten 31%, dass dadurch ihre Motivation leidet. Die deutschen Bauern reagieren etwas empfindlicher. Der wahrgenommene Anstieg der Kritik fällt dort nicht ganz so stark wie in Frankreich aus, aber 33% der deutschen Landwirte fühlen sich dennoch entmutigt und damit mehr als in Frankreich. In Italien haben die Landwirte zwar kaum zunehmenden Tadel festgestellt, aber dennoch leiden 12% der Befragten unter einer sinkenden Motivation. (Schluss) mö

Heimische Erzeugermilchpreise im Mai gesunken

Anlieferung erstmals unter dem Vorjahresniveau

Wien, 1. Juli 2020 (aiz.info). - Die österreichischen Erzeugermilchpreise waren im Mai 2020 rückläufig. Die Molkereien und Käsereien zahlten ihren bäuerlichen Lieferanten für GVO-freie Qualitätsmilch mit 4,2% Fett und 3,4% Eiweiß im Schnitt 36,53 Cent/kg netto beziehungsweise 41,28 Cent brutto. Das waren um 0,54 Cent weniger als im Vormonat April, gleichzeitig wurde das Vorjahresniveau um 1,02 Cent netto unterschritten. Dies geht aus aktuellen Berechnungen der Agrarmarkt Austria (AMA) hervor. Der Rückgang des Milchpreises im Mai ist neben saisonalen Effekten vor allem auch auf die Auswirkungen der Corona-Krise zurückzuführen. International gerieten die Notierungen für Molkereiprodukte unter Druck, und auf nationaler Ebene wirkten sich unter anderem der Wegfall von Gastronomie- und Tourismuskunden sowie Exportprobleme negativ auf den Absatz aus. * * * *

Der von der AMA für Mai 2020 auf Basis 4,2% Fett und 3,4% Eiweiß ermittelte Erzeugerpreis von 36,53 Cent netto/kg bezieht sich bekanntlich auf den Durchschnitt aller Qualitäten. Für GVO-freie Qualitätsmilch ohne Bio- und Heumilchzuschlag zahlten die Molkereien durchschnittlich 33,78 Cent netto/kg, für Biomilch erlösten die Lieferanten im Mittel 43,70 Cent je kg, was gegenüber dem Vormonat jeweils ein Minus von 0,6 Cent bedeutet.

Weitere Reduktion im Juni

Auf Basis des natürlichen Fett- und Eiweißgehalts berechnet, lag der Milchpreis im Mai 2020 im Schnitt bei 36,39 Cent netto/kg (Durchschnitt aller Qualitäten). Gegenüber dem Vormonat ergab sich eine Verringerung um 0,8 Cent.

Für Juni 2020 schätzt die AMA den durchschnittlichen Erzeugermilchpreis auf 36,00 Cent/kg (Durchschnitt aller Qualitäten und Inhaltsstoffe). Als Gründe für diesen Preisrückgang werden die geringeren Inhaltstoffe und die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie genannt.

Milchanlieferung gedrosselt

Die heimischen Molkereien und Sennereien haben im Mai 289.435 t Rohmilch von ihren Lieferanten übernommen. Die Anlieferung lag damit um 1,1% unter dem Vorjahresmonat. Seit August 2019 war zu beobachten, dass die monatliche Milchanlieferung immer leicht über dem Vergleichszeitraum des Vorjahres lag, dieser Trend wurde im Mai unterbrochen. Offensichtlich zeigen die betriebsindividuellen Programme und die Aufrufe der Verarbeiter zur Drosselung der Anlieferung Wirkung.

EU: Erzeugermilchpreise weiter rückläufig

Der durchschnittliche EU-Erzeugermilchpreis für Mai 2020 wird von der EU-Kommission auf 33,13 Cent/kg geschätzt, das bedeutet im Vergleich mit dem Vormonat ein Minus von 0,4 Cent.

Die Milchanlieferung innerhalb der EU befindet sich in Summe noch auf einem relativ hohen Niveau, es zeigen sich aber auch hier erste Bremsmanöver: Von Jänner bis April 2020 wurde der Vorjahreswert um 2,4% übertroffen (schaltjahrbereinigt +1,6%). Im April 2020 machte das Plus nur mehr 0,8% aus. (Schluss) kam

OECD empfiehlt Investitionen in resilienten Nahrungsmittelund Agrarsektor

Trotz höherer Produktivität kommen Reformen nur schleppend voran

Berlin/Paris, 1. Juli 2020 (aiz.info). - Regierungen sollten künftig verstärkt in die langfristige Widerstandsfähigkeit des Nahrungsmittel- und Agrarsektors investieren. So lautet das Fazit einer kürzlich veröffentlichten Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), in der Transferleistungen des Agrarsektors in 54 Ländern untersucht wurden. Obwohl die Produktivität in den letzten Jahrzehnten gestiegen ist und Initiativen der jüngeren Vergangenheit auf eine bessere Umweltbilanz zielen, gehe es mit Reformen nur schleppend voran. "Weder gibt es beim Niveau der Hilfsgelder große Veränderungen noch gibt es wesentliche Fortschritte bei der Umstellung auf Instrumente, die Produktion und Handel weniger stark verzerren", heißt es in dem Bericht. In allen OECD-Ländern, EU-Mitgliedstaaten und zwölf wichtigen Schwellenländern wurden zwischen 2017 und 2019 jährlich rund 536 Mrd. USD (479 Mrd. Euro) an direkter Unterstützung für Landwirte bereitgestellt, teilt die OECD mit. ****

Wurden bisherige Reformen der EU bereits in früheren Berichten anerkannt, verzerrt die Einbeziehung der Schwellenländer (Argentinien, Brasilien, Volksrepublik China, Costa Rica, Indien, Indonesien, Kasachstan, Philippinen, Russland, Südafrika, Ukraine und Vietnam) die aktuellen Studienergebnisse. Grund dafür sind die steigenden Ausgaben für Landwirtschaft speziell in China, aber auch in Indien und Brasilien, während bei den OECD-Staaten die Stützungen im Wesentlichen stabil sind. So garantiert China etwa einen Weizenmindestpreis, der aktuell bei gut 280 Euro/t liegt und damit 100 Euro über dem aktuellen Exportpreis in Frankreich. Gleichzeitig deckt sich China energisch mit Weizen ein und hortet mittlerweile 47% der weltweiten Weizenreserven. In den USA etwa wurde erst kürzlich Farmern mit einem 19 Mrd. USD (17 Mrd. Euro) schweren "Coronavirus Food Assistance Program" zur Sicherung der landwirtschaftlichen Produktion und Versorgungskette mit Lebensmitteln unter die Arme gegriffen.

In die langfristige Leistungsfähigkeit der Branche investierten Regierungen vergleichsweise wenig, bemängelt die OECD. Demnach gingen über alle 54 Länder hinweg nur 106 Mrd. USD jährlich in Forschung und Entwicklung, Infrastruktur, Biosicherheit und andere notwendige Dienstleistungen für den Sektor. Verbraucherförderungen machten 66 Mrd. USD pro Jahr aus.

Handelsbeschränkungen untergraben Versorgung

Die Studie beschreibt darüber hinaus, welche Hilfsmaßnahmen Regierungen angesichts der COVID-19-Pandemie für Verbraucher, Landwirte und andere Akteure der Agrarbranche bereitgestellt haben und wie sie versuchten, Lieferketten aufrechtzuerhalten. Während sich viele Länder darauf konzentrierten, den Handel zu erleichtern und so Versorgungsketten zu sichern, haben einige Länder vorübergehend Handelsbeschränkungen verhängt, was sowohl kurz- wie auch längerfristig die Versorgung untergraben kann. "Es ist notwendig, dass Regierungen in gut funktionierende Lebensmittelsysteme investieren. Allerdings sind die meisten derzeitigen Stützungsinstrumente wenig hilfreich oder gar schädlich. Durch COVID-19 ist der Haushalt vieler Regierungen sowieso stark belastet. Entsprechend ist jetzt die Zeit, marktverzerrende Stützungsinstrumente abzubauen und eine Neuausrichtung der verfügbaren Instrumente und Ressourcen einzuleiten - zum Nutzen der Landwirtschaft und der Gesellschaft insgesamt", sagt

Ken Ash, OECD-Direktor für Handel und Landwirtschaft.

Um den Agrarsektor produktiver, nachhaltiger und widerstandsfähiger zu machen, empfiehlt die OECD den Regierungen, verzerrende politische Maßnahmen wie Preisstützen und Budgethilfen auslaufen zu lassen, die eng mit der landwirtschaftlichen Produktion und dem Einsatz von Betriebsmitteln verbunden sind. Vorhandene Mittel umzuverteilen und zentrale öffentliche Dienstleistungen zu stärken, die wichtig sind, um Produktivität, Nachhaltigkeit und Widerstandsfähigkeit der Landwirtschaft zu verbessern oder um gezielt Maßnahmen zu fördern, die beispielsweise für mehr Biodiversität sorgen. Schließlich sollten die Regierungen ambitioniertere Umweltziele mithilfe von effizienteren, gezielteren und weniger marktverzerrenden politischen Instrumenten verfolgen.

Die vollständige Studie kann auf aiz.info heruntergeladen werden. (Schluss)

Russland: Getreideernte mit vorerst deutlich niedrigeren Erträgen

Regenfälle konnten Dürreschäden nicht mehr ausgleichen

Moskau, 1. Juli 2020 (aiz.info). - In Russland geht heuer die Getreideernte langsamer voran und die durchschnittlichen Flächenerträge liegen bislang deutlich unter jenen vom Vorjahr, berichtet die Moskauer Fachzeitschrift "Agroinvestor" unter Berufung auf Angaben des dem Landwirtschaftsministerium untergeordneten Agraranalysenzentrums. Demnach wurde bis zum 26. Juni Getreide auf landesweit knapp 436.000 ha gedroschen, was 0,9% der gesamten geplanten Erntefläche entsprach. Dabei wurden rund 1,3 Mio. t Getreide eingebracht, während vor Jahresfrist es schon mehr als 5,8 Mio. t waren. Bei Weizen belief sich der durchschnittliche Flächenertrag bisher auf 23,3 dt/ha sowie bei Gerste auf 33,1 dt/ha gegenüber 46,6 beziehungsweise 46,3 dt/ha zum gleichen Stichtag im Vorjahr. Die wichtigste Ursache für diese Dynamik liege in den ungünstigen Witterungsverhältnissen, insbesondere für die Frühsaaten, zitiert "Agroinvestor" die Fachleute des Consulting- und Forschungszentrums für Agrarökonomie (Sovecon). ** * *

Der Süden des europäischen Teils des Landes war bis einschließlich April stark von der Dürre betroffen, deren Folgen für die Getreidebestände nicht durch die späteren Regenfälle ausgeglichen werden konnten. Weitere Ernteeinbußen wurden durch Spätfröste verursacht. Dennoch erwarten die Sovecon-Experten eine baldige Verbesserung der durchschnittlichen Ertragswerte und ein Aufholen der Verspätung von Erntearbeiten gegenüber dem Vorjahr. Inzwischen hat sich auch der Leiter des nationalen Meteorologischen Zentrums, **Roman Wilfand**, optimistisch in Bezug auf die Endergebnisse der diesjährigen Getreideernte geäußert. Diese dürften sowohl bei Winter- als auch bei Sommergetreide leicht über dem Durchschnitt der zurückliegenden, von einem hohen Produktionsniveau gekennzeichneten fünf Jahre liegen, erklärte Wilfand bei einer Pressekonferenz am Dienstag. (Schluss) pom

Salzburg übernimmt Vorsitz in der Landesagrarreferenten-Konferenz

Schwaiger: Bauern brauchen Berechenbarkeit in der Landwirtschaftspolitik

Salzburg, 1. Juli 2020 (aiz.info). - Der Salzburger Agrarlandesrat **Josef Schwaiger** hat heute turnusmäßig von seinem oberösterreichischen Amtskollegen **Max Hiegelsberger** den Vorsitz der Landesagrarreferenten-Konferenz übernommen. In dieser Sitzung wurden auch zwei Schwerpunkte von den Agrarreferenten der Bundesländer fixiert: "Die Übergangsjahre bis zur Festlegung der neuen EU-Agrarpolitik müssen Berechenbarkeit und Planbarkeit für unsere bäuerlichen Betriebe bringen, und die Stärkung der regionalen Lebensmittelproduktion muss ein vorrangiges Ziel sein", so Schwaiger. * * * *

Ernährungssouveränität bleibt Hauptaufgabe unserer Landwirtschaft

"Die Fähigkeit zur Selbstversorgung mit Lebensmitteln muss oberste Priorität haben. Wenn wir nicht selber produzieren, was wir zum Leben brauchen, machen wir uns abhängig von anderen Ländern. Die Ernährungssouveränität ist und bleibt Hauptaufgabe unserer heimischen Landwirtschaft. Das haben wir in den vergangenen Monaten aufgrund der Coronavirus-Pandemie besonders deutlich gesehen. Deswegen machen wir in den kommenden Monaten die regionalen Produkte zum Schwerpunkt", berichtete Schwaiger.

Einer der wichtigsten Punkte ist für ihn, der Landwirtschaft Planungssicherheit für die kommenden beiden Jahre zu geben. "Die Jahre 2021 und 2022 sind Übergangsjahre, da sich die neuen Richtlinien der EU-Kommission bis 2023 verzögern werden. Die Lösung sieht vor, dass die bestehenden Maßnahmen im Umweltprogramm übernommen werden, finanziert aber bereits aus dem Mehrjährigen Finanzrahmen der EU-Kommission, der von 2021 bis 2027 gilt. Die Landwirte können noch im Herbst die Verlängerung beantragen. Was jedoch die Rahmenbedingungen für das zukünftige Investitionsprogramm für unsere bäuerlichen Betriebe betrifft, so muss das bis Herbst österreichintern abgestimmt werden", erklärte Vorsitz der Landesagrarreferenten-Konferenz.

Ressourcenschonende Umbaumaßnahmen

"Ich gehe davon aus, dass eine praktikable und vernünftige Übergangslösung für beide Jahre geschaffen wird. Zukünftig wünsche ich mir eine stärkere Unterstützung für ressourcenschonende Umbaumaßnahmen an bestehenden landwirtschaftlichen Gebäuden. Diese sind meist mit weniger Bodenverbrauch und einem geringeren Einsatz von finanziellen Mitteln verbunden und bedeuten bezüglich Tierwohl und Arbeitserleichterung einen großen Schritt nach vorne", unterstrich Schwaiger.

Mehr heimische Lebensmittel in den öffentlichen Küchen

Anfang Juni haben sich alle neun Agrarreferenten bei ihrer Konferenz auf Initiative von Hiegelsberger darauf verständigt, die Bundesregierung in ihrem Bemühen um mehr Regionalität in der öffentlichen Beschaffung mit voller Kraft zu unterstützen. "Die Stärkung der Lebensmittelselbstversorgung hat aufgrund der Corona-Pandemie an Bedeutung gewonnen", zeigten sich Schwaiger und Hiegelsberger einig. Erreicht werden soll dies durch Investitionsanreize zur weiteren Modernisierung der Betriebe, durch noch mehr Direktvermarktung und durch Aufrechterhaltung der flächendeckenden Landwirtschaft bei gleichzeitig weniger Flächenverbrauch.

Als Beispiel nannte Schwaiger das SalzburgerLand-Herkunftszertifikat. Diese Initiative wurde 2019 gemeinsam von Schwaiger sowie LK-Präsident **Rupert Quehenberger** ins Leben gerufen und macht die Salzburger Lebensmittel im Handel sichtbar. Mittlerweile nehmen rund 130 Produzenten dieses Bundeslandes mit 800 zertifizierten Erzeugnissen teil. "Regionalität bedeutet Klimaschutz, und deshalb ist es umso wichtiger, dass Konsumenten klar erkennen können, woher die Lebensmittel stammen", betonte Quehenberger.

Mehr Fokus auf Ernährungssicherheit bei Green Deal

Weiters beschäftigten sich die Agrarreferenten heute mit dem Green Deal der Europäischen Kommission. Ziel ist es dabei, Europa bis 2050 zum weltweit ersten klimaneutralen Kontinent zu machen. Mit dem Green Deal sehen die Bundesländer vor allem die Chance, regionale Lebensmittel zu stärken. "Mehr in den Fokus muss jedoch die Ernährungssicherheit rücken. Dieses Thema steht derzeit nicht im Vordergrund", hob Schwaiger hervor und fügte hinzu: "Einige Mitgliedstaaten wie Österreich haben durch forcierten Bio-Landbau und Umweltprogramme bereits große Vorleistungen hin zu einer noch nachhaltigeren Land- und Forstwirtschaft unternommen. Diese müssen unbedingt durch die Kommission anerkannt und auch finanziell abgegolten werden. Während am Binnenmarkt die Standards erhöht werden, wird der Import aus Ländern mit deutlich niedrigeren Standards ermöglicht. Das gefährdet die Existenz der bäuerlichen Familien und drängt die europäische Agrarproduktion in Länder mit fragwürdigen Produktionsbedingungen." Außerdem sei eine Wirkungsfolgenabschätzung der "Farm to Fork"-Strategie für die Landwirtschaft dringend erforderlich.

Auch umweltgerechte Landwirtschaft wollen die Agrarlandesräte weiter sinnvoll ausbauen. "Dabei dürfen wir keinesfalls die systemrelevante heimische Lebensmittelproduktion gefährden", warnte Schwaiger. Höhere Standards kämen nur in Frage, wenn ein geeigneter Außenschutz gegenüber Drittstaaten gewährleistet ist. Ansonsten lagere die EU ihre Lebensmittelproduktion in Drittländer aus, weil sie nicht mehr konkurrenzfähig sei. Auch Zölle auf Lebensmittel, die nicht nach EU-Standards produziert sind, müssten dabei ernsthaft mitüberlegt werden", so Schwaiger.

Weiter an Klimaschutz und Biodiversität arbeiten

Beim Thema Klima- und Umweltschutz zähle Österreich international zu den Vorreitern, sagte Schwaiger. Trotzdem solle weiter daran gearbeitet werden, die Emissionen zu senken. Die Biodiversität solle insbesondere auch durch den Erhalt der Almwirtschaft gestärkt werden. "Derzeit weiden im Bundesland Salzburg aufgrund der aktuellen Wolfsproblematik auf einigen Almen keine Tiere mehr. Diese Flächen verlieren dadurch ihre Artenvielfalt in einem dramatischen Ausmaß", gab der Landesrat zu bedenken. (Schluss)

LK OÖ sieht Potenzial für gesteigerte Putenfleischproduktion

Konsumenten an Ursprung der Lebensmittel zunehmend interessiert

Linz, 1. Juli 2020 (aiz.info). - Geht es nach der Landwirtschaftskammer (LK) OÖ ist die Nachfrage nach heimischem, nachhaltig produziertem Putenfleisch in einem Ausmaß vorhanden, dass die Produktion erhöht werden könnte. Der Absatz von Putenfleisch hatte Anfang der 2000er-Jahre mit einem durchschnittlichen Pro-Kopf-Verbrauch von 4,1 kg pro Jahr seinen Höhepunkt, sank dann leicht ab und stabilisierte sich in den letzten Jahren bei etwa 3,2 kg pro Kopf und Jahr. Entgegen dem allgemeinen Trend zu weniger Fleischkonsum konnte Geflügel in den letzten Jahren allgemein stetig moderat zulegen. "Die Konsumenten fragen zunehmend beim Einkauf nach, woher das Fleisch stammt. Das kommt unseren Bauern zugute und deswegen können wir sie auch dahingehend beraten, in die Geflügelmast und nun auch wieder in die Truthühnermast zu investieren", betont **Michaela Langer-Weninger,** Präsidentin der LK OÖ . ****

Informationen aus dem Lebensmittelhandel lassen darauf schließen, dass inländisches Truthühnerfleisch in der Gunst des Konsumenten wieder zulegt. Vor ein paar Jahren war die Selbstversorgung in Österreich auf einen Tiefstwert von 41% gesunken und jahrelang standen die Zeichen nicht auf Erweiterung der heimischen Truthühnerproduktion. Massive Billigangebote aus dem Ausland, hohe Tierschutzauflagen und damit höhere Produktionskosten in Österreich, damit verbunden eine oft schlechte wirtschaftliche Situation der Mast waren mitverantwortlich dafür, dass für die Landwirte ein Einstieg in die Truthühnermast wirtschaftlich nicht von Interesse war. Zahlreiche Maßnahmen wie die Einführung von Fixpreisen für die Mäster, die Erweiterung der Qualitätsprogramme um Tierwohlmodule ("Wintergarten" und Aufsitzflächen) bis hin zu Umstellungen im Lebensmittelhandel auf heimische Waremachen die Haltung von Truthühnern für unsere Bauern wieder interessanter. Bereits in den vergangenen Jahren konnte die Eigenversorgung wieder auf aktuell rund 50% gesteigert werden. Bei Hendl und Pute liegt in Summe die Selbstversorgung in Österreich bei momentan 72%.

Seitens der Landwirtschaftskammer wird eine Geflügeleinstiegsberatung angeboten, um die rechtlichen Rahmenbedingungen wie zum Beispiel Raumordnung, Baurecht, Steuer-und Sozialrecht bis hin zur Wirtschaftlichkeit zu erörtern. Die Geflügelmastgenossenschaft GGÖ begleitet die Betriebe dann in der Stallbauplanung bis hin zur Vertragsgestaltung mit den Abnehmern. Somit wird den Neueinsteigern ein umfassendes Beratungspaket angeboten, um alle wesentlichen Fragen abzuklären, beim Weg bis zu einem positiven Baubescheid zu begleiten und andererseits in der Bauphase und beim Produktionsstart erfolgreich zu sein.

Österreichische Haltungsstandards: europaweit top

Durch schwierige wirtschaftliche Rahmenbedingungen war die Menge an erzeugtem Truthühnerfleisch in Österreich bis 2015 rückläufig. "In keinem EU-Mitgliedsstaat gelten derart hohe Standards für die Truthühnermast wie in Österreich, speziell in Bezug auf die Zahl der Tiere, die je Quadratmeter gehalten werden dürfen. Alle Truthühnermäster in der Vertragsproduktion produzieren außerdem im Rahmen des AMA-Güte-und Herkunftssiegels. Das bedeutet zusätzliche Auflagen wie zum Beispiel Angebot von Tageslicht, in Österreich geschlüpfte Küken, externe Kontrollen, usw.", erläutert Langer-Weninger. In der EU gibt es keine EU-weit einheitliche Mindestnorm, wieviel Platzangebot die Tiere haben müssen. So werden in einzelnen Staaten Tiere mit insgesamt bis zu 65 kg Lebendgewicht pro m2 gehalten. Österreichs Truthühnermäster halten lediglich Tiere mit in

Summe höchstens 40 kg pro m2, das heißt sie bieten um bis zu 60% mehr Platz im Stall an. In allen Mastbetrieben wird ausschließlich Futter verwendet, bei dem gentechnikfreier Soja als Eiweißkomponente enthalten ist. Das Geflügelfutter enthält mehr als 65% Getreide und dieses sorgt für besonders saftiges, zartes und schmackhaftes Fleisch.

"In Österreich ist der bäuerliche Familienbetrieb fest im Leitbild der nachhaltigen Landwirtschaft verankert. Mit durchschnittlich ca. 5.800 Truthühnern pro Betrieb werden hierzulande viel weniger Tiere pro Hof gehalten als in den meisten anderen Ländern. Industrieanlagen in Osteuropa haben an einem Standort oft hunderttausende Truthühnermastplätze. Bei uns steht der Bauer noch selbst im Stall. Diese intensive Betreuung der Tiere ist ein Vorteil der österreichischen Truthühnerhaltung und ein wichtiger Teil des Tierwohls. Wir appellieren an unsere Partner im Handel und an die Konsumentinnen und Konsumenten, dieses Mehr an Tierwohl auch durch entsprechende Preise abzugelten", fordert Langer-Weninger.

Geflügel aus Österreich besser sichtbar machen

Die Aufmachung der Verpackung bei nach Österreich eingeführter Ware wird der österreichischen Ware immer ähnlicher. "Unser Vorschlag an die Geflügelschlachthöfe und an den Lebensmittelhandel ist, das AMA-Gütezeichen deutlich größer als bisher auf Geflügelverpackungen zu platzieren. Den Konsumenten soll es einfach und schnell möglich sein, in einer mit verschiedenen Geflügelprodukten aus dem In-und Ausland gefüllten Vitrine das heimische Geflügel zu erkennen", so Langer-Weninger.

"Servicestelle-Gemeinschaftsverpflegung" im Aufbau

Das Regierungsprogramm sieht die Umsetzung einer verpflichtenden Herkunftskennzeichnung bei Primärprodukten in der öffentlichen und privaten Gemeinschaftsverpflegung vor. Um dieses Ziel auch bei Geflügelfleisch und Eiern umzusetzen, wird zurzeit eine von Bund, Ländern und der Geflügelwirtschaft finanzierte Servicestelle aufgebaut. Diese soll den Anteil an heimischen Eier-und Geflügelprodukten in der Gemeinschaftsverpflegung nachweislich steigern. "Dazu braucht es eine verbesserte Bewusstseinsbildung bei Entscheidungsträgern hinsichtlich Qualität, Regionalität bis hin zu den in Europa einzigartigen Tierschutzstandards", erläutert GGÖ-Obmann **Markus Lukas.**

Laut Daten der QGV (freiwilliger Tiergesundheitsdienst "Österreichische Qualitätsgeflügel-Vereinigung") weisen Truthühner den deutlichsten Rückgang beim Antibiotikaeinsatz auf. 2013 wurden sie noch mit 1,23 t Antibiotika pro Jahr behandelt. Mit0,51 t wurden im Jahr 2018 um 0,72 t weniger Antibiotika verbraucht, was einer Reduktion von über 58% entspricht. "Der prophylaktische (vorbeugende) Einsatz von Antibiotika ist Geschichte. Durch eine Optimierung der Haltungsbedingungen, der Stalltechnik bis hin zum Einsatz von Kräutermischungen konnte diese beachtliche Antibiotika-Reduktion erreicht werden", betont Lukas. (Schluss)

Land&Forst Betriebe-Tagung: Klima- und Energiepolitik an Erneuerbaren ausrichten

Resolution an Klimaministerium übergeben

Wien, 1. Juli 2020 (aiz.info). - Bei der von den Land&Forst Betrieben Österreich veranstalteten Fachtagung "Klima- und Energiepolitik: Chancen und Herausforderungen für die Land- und Forstwirtschaft" am 30. Juni 2020 war man sich einig: Österreich muss jetzt sein Energie- und Wirtschaftssystem anpassen - weg von fossilen und hin zu nachwachsenden Rohstoffen. Die heimischen Land- und Forstwirte können dazu mit ihren nachhaltigen Ressourcen, die in ausreichender Menge zur Verfügung stehen, einen wertvollen Beitrag leisten und sind bereit, mitzuwirken. * * * *

"Die aktuelle COIN-Studie des Wegener Centers der Uni Graz bestätigt gerade wieder, dass weiteres Abwarten und Untätigkeit beim Klimaschutz 15 Mrd. Euro pro Jahr kosten wird. Ich bin überzeugt, wir sind uns darüber einig, dass wir weder die Zeit noch das Geld dafür haben. Also handeln wir jetzt. Österreichs Land- und Forstwirte sind bereit, mitzuhelfen. Sie sind in vielen Fällen direkt Betroffene des Klimawandels, aber sie sind auch ein wesentlicher Teil der Lösung. Nur gemeinsam mit den heimischen Landbewirtschaftern ist es möglich, die Klima- und Energiewende zu meistern. Es braucht aber ambitionierte politische Rahmenbedingungen und Unterstützung, die bei den Betrieben ankommt", stellte **Felix Montecuccoli,** Präsident der Land&Forst Betriebe Österreich, zu Beginn der Tagung fest.

Experten beleuchten aktuelle Themen der Klima- und Energiepolitik

"Um das Ziel der Regierung - Klimaneutralität bis 2040 - erreichen zu können, müssen wir innerhalb von 19 Jahren ein vollständiges Phasing-out aller fossilen Energieträger aus unserem Energiesystem bewerkstelligen. Dieses bedingt ein unverzügliches Hochfahren aller erneuerbaren Energien bei gleichzeitiger Steigerung der Energieeffizienz in allen Sektoren. Investitionsentscheidungen, die heute getroffen werden, wirken bis 2040 durch. Wir dürfen keine wertvolle Zeit verlieren. Der Landund Forstwirtschaftssektor ist der wichtigste Lieferant für erneuerbare Energien und hat es geschafft, mit generationenübergreifender Nachhaltigkeit nicht nur steigende Bioenergiemengen bereitzustellen, sondern gleichzeitig auch die Kohlenstoffspeicherung in den Waldbeständen und Ackerböden sowie in den Produkten aus nachwachsenden Rohstoffen zu erhöhen. Unser Sektor ist ein unverzichtbarer Teil der Lösung in der Klimakrise", ist Kasimir Nemestothy, Referatsleiter Energie und Klima in der Landwirtschaftskammer Österreich, überzeugt.

"Bioenergie liefert derzeit rund 13% des weltweiten Energiebedarfs. Damit ist sie die mit Abstand wichtigste Quelle von erneuerbarer Energie. Im Vergleich: Wind- und Solarenergie liefern jeweils rund 1%, selbst Nuklearenergie nur 2% des weltweiten Energiebedarfs. Modernste Technologien erlauben es, Bioenergie immer effizienter und sauberer zu machen. Als einzige Form erneuerbarer Energie kann Bioenergie alle wichtigen Energiemärkte bedienen: den Wärme-, Strom-, Treibstoff- und Gasmarkt. Damit wird sie für die Energiewende, den Ausstieg aus der Nutzung fossiler Energieträger, eine Schlüsselrolle spielen", betonte **Christian Rakos**, Präsident des Welt-Biomasseverbandes und Geschäftsführer von proPellets Austria.

"Die Land- und Forstwirtschaft ist eine der größten Leidtragenden der Klimakrise. Um die Erzeugung von qualitativ hochwertigen Lebensmitteln und biogenen Rohstoffen weiterhin gewährleisten sowie Bäuerinnen und Bauern eine Zukunftsperspektive geben zu können, müssen wir die Anpassung an den Klimawandel unterstützen. Dazu haben wir uns im Regierungsprogramm bekannt. Die Land- und Forstwirtschaft ist aber auch gefordert, sich den großen Herausforderungen im Zusammenhang mit der Klima- und der Biodiversitätskrise zu stellen und Produktionsweisen nachhaltig sowie zukunftsfit umzubauen. Ich bin mir sicher, dass wir gemeinsam an einem Weg in eine ökologisch und ökonomisch nachhaltige Zukunft arbeiten können", unterstrich Irmi Salzer, stellvertretende Kabinettchefin im Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie.

Resolution an Klimaministerium übergeben

Im Rahmen der Veranstaltung überreichten die Land&Forst Betriebe Österreich ihre in der zuvor abgehaltenen Vollversammlung verabschiedete Resolution zur Klima- und Energiepolitik an Salzer, die Vertreterin des zuständigen Bundesministeriums. Die Resolution beinhaltet die wesentlichen Punkte, mit denen Österreich seinen Beitrag zum Klimaschutz leisten und den dramatischen Folgeschäden eines klimapolitischen Nicht-Handelns mit wichtigen Schritten entgegentreten kann und muss. Sie zeigt aber auch die Bereitschaft und Motivation der heimischen Landbewirtschafter im Kampf gegen den Klimawandel mitzuwirken und verdeutlicht, dass für diese Energiewende eine flächendeckende, nachhaltige und aktive Landbewirtschaftung notwendig und gesetzlich abzusichern ist. Die Forderungen der Resolution sind: massiver Ausbau der emissionsfreien Energieerzeugung - Sonne, Wind, Wasser; Steigerung emissionsneutraler Energie durch nachhaltige Biomassenutzung; maximale Verwendung von Holz als Bau- und Dämmstoff; Phase-Out-Plan für fossile Energieträger; Investitionen in Infrastruktur, neue Technologien und Energieeffizienz; nachhaltige flächendeckende Land- und Forstwirtschaft absichern.

"Aktuell leben wir alle auf Kosten der Natur, der Umwelt und der Zukunft unserer Kinder. Wir müssen dringend - sprich jetzt - gegensteuern. Fossile Rohstoffe sind die Hauptursache des Klimawandels, deshalb muss das fossile Zeitalter endlich ein Ende finden. Wir benötigen eine sofortige Energiewende und die Forcierung von Ökostrom. Die Zukunft heißt Bioökonomie, denn in ihr steckt viel Zukunftspotenzial, um die Klima- und Energiewende jetzt anzugehen. Wir fordern daher von der Bundesregierung eine rasche Umsetzung der übergebenen Punkte, um Österreich weg von fossiler und hin zu erneuerbarer Energie zu bringen", so Montecuccoli bei der Übergabe der Resolution an Salzer.

Die vollständige Resolution kann auf aiz.info heruntergeladen werden. (Schluss)

Pernkopf: Forstpaket ist wichtiger Schritt zur Rettung unserer Wälder

350 Mio. Euro für Maßnahmen wie Wiederaufforstung, Waldpflege und Forschung

St. Pölten, 1. Juli 2020 (aiz.info). - "Der neue Waldfonds ist ein wichtiger Schritt zur Rettung unserer Wälder, damit kann das angekündigte Investitionspaket in der Höhe von 350 Mio. Euro umgesetzt werden. Das Geld ist unbedingt notwendig, um den Wald am Leben zu erhalten", bedankt sich LH-Stellvertreter **Stephan Pernkopf** bei Bundesministerin Elisabeth Köstinger. Niederösterreich ist aufgrund der großen Borkenkäferschäden besonders von dieser schwierigen Situation betroffen. * * *

Das gestern im Ministerrat beschlossene Paket umfasst wichtige Maßnahmen, wie die Wiederaufforstung nach Schadereignissen, klimafitte Wälder und Waldpflege, die Abgeltung von Borkenkäferschäden und die Errichtung neuer Nass- und Trockenlager, um das Schadholz rasch aus dem Wald zu bringen. Zusätzlich soll auch ein Schwerpunkt auf die Forschung und auf den Holzbau gelegt werden.

Schon im Vorjahr fielen dem Borkenkäfer in Niederösterreich 2,2 Mio. Festmeter Holz zum Opfer, für heuer muss man mit einer ähnlichen Katastrophe rechnen. Insgesamt musste in den vergangenen Jahren rund 20.000 ha Waldfläche abgeholzt werden, davon 13.000 ha im Waldviertel. "Wärme und Trockenheit begünstigen die Vermehrung der Käfer in unseren Wäldern. Der Schaden ist enorm, er trifft aber nicht nur die Waldbesitzer, sondern die gesamte Gesellschaft, denn der Wald ist Wasserspeicher, sorgt für saubere Luft und kühlt das Klima. Investitionen in die Wiederaufforstung von klimafitten Wäldern und Entlastungen für die betroffenen Waldbauern sind daher dringend notwendig", betont Pernkopf. (Schluss)

Jahresbericht der Rinderzucht Austria erschienen

Leistungen und Projekte der heimischen Kontrollbetriebe aufgezeigt

Wien, 1. Juli 2020 (aiz.info). - Vor Kurzem ist der Jahresbericht 2019 der Rinderzucht Austria (ZAR) erschienen. Er gibt auf 140 Seiten einen Überblick über die Leistungen der 22.000 österreichischen Kontroll- und Zuchtbetriebe, die vielfältige Tätigkeit der ZAR sowie über die Weiterentwicklung von Forschungsprojekten wie D4Dairy, FoKUHs und Klauen-Q-Wohl. * * * *

Die Bedeutung der österreichischen Rinderzucht wird in dem Bericht durch markante Zahlen bestätigt. Im Jahr 2019 haben 26.926 Betriebe mit 524.000 Kühen Milch an 75 Molkereien beziehungsweise sonstige Aufkäufer geliefert. 71,5% der Milchlieferanten waren auch Mitglied bei einem der acht österreichischen Landeskontrollverbände, 81,6% der Milchkühe standen unter einer permanenten und lückenlosen Leistungs- und Qualitätsprüfung. Gemessen an der produzierten Milch stammen knapp 90% von den heimischen Kontrollbetrieben.

Die Zahlen belegen, dass die österreichischen Milchproduktionsbetriebe auf das Service der Landeskontrollverbände sowie der heimischen Rindergenetik vertrauen. Auch die Fleischleistungsprüfung erfreut sich immer größerer Beliebtheit. 27.403 Kühe von 30 verschiedenen Rassen stehen auf 2.845 Betrieben unter Fleischleistungskontrolle. Dies zeigt die Vielfältigkeit der heimischen Rinderzucht.

Der Jahresbericht kann zum Preis von 10 Euro unter info@zar.at bestellt werden und steht auf www.zar.at/Downloads/Jahresberichte zur Verfügung. (Schluss)

Neue Leiterin der HBLFA für Gartenbau und der Österreichischen Bundesgärten

Katrin Völk folgt Gottfried Kellner nach

Wien, 1. Juli 2020 (aiz.info). - Die Höhere Bundeslehr- und Forschungsanstalt (HBLFA) für Gartenbau in Schönbrunn und die Österreichischen Bundesgärten haben seit heute mit Katrin Völk (39) eine neue Direktorin. Die Funktion war nach der Pensionierung des bisherigen Leiters Gottfried Kellner neu zu besetzen. Die Tirolerin ist studierte Biologin sowie Zoologin und wurde von einer weisungsfreien Bestellungskommission als bestgereihte Kandidatin empfohlen. Sie war bisher in verschiedensten wissenschaftlichen, agrarischen und Managementfunktionen auf nationaler und internationaler Ebene tätig. * * * *

Die HBLFA in Schönbrunn bietet für insgesamt 160 Schülerinnen und Schüler die Ausbildungszweige "Garten- und Landschaftsgestaltung" sowie "Gartenbau" an. Sie besteht seit 1951 und ist die einzige Bildungseinrichtung dieser Art in Österreich. Der Schule angeschlossen sind mehrere Forschungsbereiche, unter anderem für Gemüseanbau, Baumschulwesen, Garten- und Landschaftsgestaltung sowie Pflanzenschutz. Die Österreichischen Bundesgärten verwalten und pflegen sieben unter Denkmalschutz stehende, historische Parkanlagen in Wien und in Innsbruck. (Schluss)